

Kandidatencheck zur Bundestagswahl 2013

1. Kurzfragen zum Thema Arbeit:

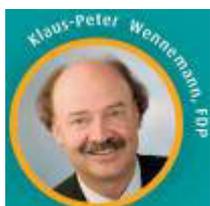
- a) Sind Sie für die gesetzliche Regelung des flächendeckenden Mindestlohnes? (flächendeckender Mindestlohn?)



— *Für CDU/CSU gilt: Wer hart arbeitet, muss ordentlich bezahlt werden. Deshalb haben wir mit den Tarifpartnern Mindestlöhne in zahlreichen Branchen mit insgesamt vier Millionen Beschäftigten geschaffen und wollen für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen. Sie sollen gemeinsam in einer Kommission einen tariflichen Mindestlohn festlegen, wobei die unterschiedlichen Situationen in den Regionen und Branchen berücksichtigt werden können. Eine Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab. Aber es ist Sache der Politik, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Die Tarifautonomie und damit die Festsetzung der Löhne durch die Tarifpartner ist ein hohes Gut, das auch durch eine noch so wohlmeinende Maßnahme nicht verletzt werden sollte.*



+ *Das ist absolut überfällig! Es schützt nicht nur ArbeitnehmerInnen, sondern ehrliche Unternehmen vor Schmutzkonkurrenz*



— *Die FDP ist für die unbedingte Beibehaltung der Tarifautonomie und für einen differenzierten Mindestlohn, der den branchenspezifischen und regionalen Gegebenheiten Rechnung trägt. Dort wo es keine ausreichende Grundlage für eine solche Lohnfindung gibt, soll eine Gruppe bestehend aus Tarifpartnern und unabhängigen Fachleuten die Findung einer Lohnuntergrenze erreichen. Wir halten nichts davon die Lohnfindung zum Spielball der Politik und von Wahlkämpfen zu machen.*



+ *Gegen Dumpinglöhne brauchen wir endlich einen echten allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, darüber hinausgehende branchenspezifische Mindestlöhne und allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge. Der schwarz-gelbe Pseudo- Mindestlohn würde weiterhin unanständig niedrige Tarifröhne erlauben, von denen keiner leben kann, wie die 4,39 Euro Tarif-Stundenlohn für Floristinnen in Sachsen-Anhalt.*



+ *Ein flächendeckender Mindestlohn muss gewährleisten, dass Beschäftigte nicht mehr von aufstockenden Zusatzleistungen (ALG II) abhängig sind und keine Altersarmut entsteht durch Mini-Renten. Deshalb sollte der Mindestlohn mindestens 10 Euro betragen.*



+ *Ich sehe den Mindestlohn als eine momentan notwendige Übergangslösung, langfristig stelle ich mir ein bedingungsloses Grundeinkommen vor, welches schrittweise eingeführt werden sollte. Für die Planung der genauen Ausgestaltung sollte im Bundestag eine Enquetekommission eingerichtet werden.*



+ Ja **-** Nein **~** unentschieden **?** keine Angabe

b) Sind Niedriglöhne und prekäre Jobs für Sie ein Alarmzeichen, um sich für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt mit guter Arbeit einzusetzen? (neue Arbeitsmarktordnung?)

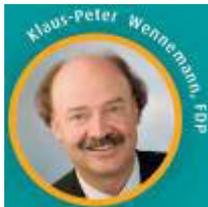


? *Deutschland steht bestens da. Wichtig ist dabei, dass auch die Arbeitnehmer auf vier sehr gute Jahre zurückblicken können. Es gibt fast 42 Millionen Männer und Frauen, die Arbeit haben. Seit dem Ende der Regierungszeit von Rot-Grün hat sich die Arbeitslosenquote nahezu halbiert. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat mit knapp 30 Millionen einen absoluten Rekordstand erreicht. Heute sind rund 800 000 Erwachsene und 270 000 Kinder weniger in Bezug von Arbeitslosengeld II als 2007. Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit etwas über fünf Prozent die niedrigste in Europa. Rechtliche Verschlechterungen für die Arbeitnehmer hat es in den vergangenen vier Jahren nicht gegeben. Ganz im Gegenteil: Wo es, insbesondere infolge der Politik von Rot-Grün bis 2005, zu Missständen gekommen ist, haben wir gegengesteuert. Durch Initiativen zur Verhinderung von Lohndumping wie das erfolgreiche Hinwirken auf Angleichungstarifverträge in der Zeitarbeit, aber auch durch den*

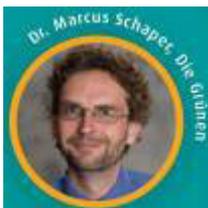
kontinuierlichen Ausbau des Netzes allgemeinverbindlicher Branchenmindestlöhne sind die Rahmenbedingungen für eine gerechte Arbeitswelt in den Jahren der unionsgeführten Bundesregierung deutlich besser geworden.



+ *Unbedingt. Ziel ist es, das Normalarbeitsverhältnis zu stärken.*



~ *Wie soll eine „Neue Ordnung“ aussehen? Die flexiblen Modelle haben sich grundsätzlich bewährt und mehr Arbeit geschaffen. Nachsteuerung ist in einigen Bereichen notwendig und eine Weiterentwicklung, insbesondere jedoch schärfere Kontrollen der Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen notwendig.*



+ *Mini-Jobs, Leiharbeit und befristete Verträge waren als Brücke in reguläre feste Anstellungen gedacht. Das hat nicht funktioniert – gerade einmal 7% der LeiharbeiterInnen kommen in feste Anstellung. Inzwischen sind rund ein Viertel aller Erwerbstätigen atypisch beschäftigt: in Teilzeit, Leiharbeit, befristet oder geringfügig. Wir brauchen einen Politikwechsel für mehr Gerechtigkeit. Grüne Politik setzt auf eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Kehrtwende. Wir setzen auf sichere und gerecht entlohnte sozialversicherungspflichtige Arbeit, die den Menschen Perspektiven bietet. Minijobs müssen durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzt werden.*



+ *Notwendig sind jenseits des Mindestlohns vor allem:*

- das Verbot der sachgrundlosen Befristungen
- das Verbot der Leiharbeit
- die strikte Regulierung von Werkverträgen
- Einbeziehung der bisherigen Minijobs in die volle Sozialversicherungspflicht.



+ *Unbedingt, es kann nicht sein das mancher Familienvater seine Familie nicht mit einem Vollzeitjob ernähren kann, sondern dazu einem Zweitjob benötigt oder zusätzlich Sozialleistungen in Anspruch nehmen muss.*

+ Ja **-** Nein **~** unentschieden **?** keine Angabe

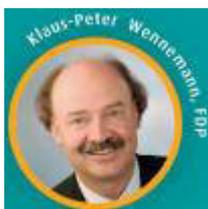
Sind Sie für die gewerkschaftliche Forderung nach gleichem Geld für gleiche Arbeit? (gleiches Geld für gleiche Arbeit?)



Sichere Berufsaussichten erleichtern Lebensentscheidungen wie die Eheschließung oder die Gründung einer Familie. Deshalb wollen wir durch eine kluge Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen dafür schaffen, dass gerade junge Menschen eine gute Chance auf eine Festanstellung bekommen. Dies muss auch weiterhin der Regelfall sein. Wir sehen aber auch in anderen Formen von Arbeitsverhältnissen wie Zeitarbeit und Befristungen die Möglichkeit, berufliche Perspektiven zu schaffen und beispielsweise Auftragsspitzen zu bewältigen. Für Unternehmen und Betriebe bieten sie die Chance, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Diese Flexibilität darf aber nicht zum Missbrauch führen. CDU und CSU sprechen sich dafür aus, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer konsequent umzusetzen. Wir wollen die Tarifparteien auf dem Weg unterstützen, diesen Grundsatz unter Berücksichtigung geeigneter Übergangs- und Einarbeitungszeiten auch in der betrieblichen Praxis umzusetzen. Wir halten in diesem Zusammenhang auch Werkverträge für ein wichtiges Instrument am Arbeitsmarkt. Gerade deshalb wollen wir aber mit den Sozialpartnern sicherstellen, dass sie nicht missbraucht werden, um bestehende Arbeitsregeln und Lohnuntergrenzen zu unterlaufen.



Das gilt für gleichwertige Arbeit und natürlich auch zwischen Männern und Frauen!



Bemerkung: Equal Pay sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Das Prinzip muss zwischen Männern und Frauen genauso gelten wie zwischen Festangestellten, LeiharbeiterInnen und Menschen, die über Werkverträge angestellt sind. Mit Blick auf Geschlechtergerechtigkeit reicht Equal Pay aber nicht, da Frauen auch Equal Opportunity brauchen. So lange bestimmte Jobs Männern vorbehalten bleiben, reicht gleiches Geld für die gleiche Arbeit nicht aus. Wir brauchen daher eine konsequente und verbindliche Frauenquote in Wirtschaft, Staat und Politik –

einschließlich eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft – und die Korrektur weiterer Erwerbshindernisse für Frauen: Sozialversicherungspflicht für alle Jobs (inkl. Minijobs), verlässliche Kinderbetreuung in KiTa, Hort und Schule, Abschaffung des Ehegatten-Splittings, eigene Absicherung durch die Bürgerversicherung.



+ *Dieser Grundsatz muss von der ersten Arbeitsstunde an als Mindeststandard gelten. Beschäftigte in Leiharbeit und in Werkverträgen müssen darüber hinaus 10% Flexibilitätszuschlag bekommen für die erhöhten Belastungen, denen sie ausgesetzt werden um Lohndumping durch Leiharbeit und Werkvertrag für Unternehmen unattraktiv zu machen. Langfristig fordere ich das Verbot von Leiharbeit und die strikten gesetzliche Begrenzung von Werkverträgen.*



+ *Zum einen verdienen Frauen leider oft weniger bei gleicher Arbeit und zum anderen werden inzwischen gern Leih- oder Zeitarbeiter für erheblich weniger Geld beschäftigt.*

+ Ja **-** Nein **~** unentschieden **?** keine Angabe

c) Sind Sie bereit, über eine stärkere Besteuerung der Reichen und Vermögenden mehr für Bildung und Ausbildung zu investieren? (Vermögenssteuer?)



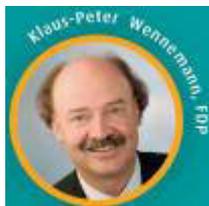
? *Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Das ist heute schon der Fall: Die obersten fünf Prozent der Steuerpflichtigen tragen über 40 Prozent der Einkommenssteuer, die obersten 25 Prozent mehr als drei Viertel. CDU und CSU lehnen eine Vermögenssteuer ab. Sie wäre Gift für mittelständische Unternehmen, die langfristig denken, planen und handeln müssen. Sie brauchen eine verlässliche Steuerpolitik und keine Steuererhöhungen. Die Steuerpläne von SPD und Grünen sind ein Angriff auf die Substanz unserer Unternehmen. Sie bedrohen ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze in unserem Land. Bildung ist eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen. Die Bundesregierung hat ihre Politik konsequent an diesem Grundsatz ausgerichtet und ihre Bildungsausgaben zwischen 2005 und 2012 um fast 70 % gesteigert – von 4,3 Mrd. Euro auf 7,3 Mrd. Euro. Auch in Wirtschaft und Gesellschaft wächst das Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung. Das zeigt sich z.B. beim **Deutschlandstipendium**. Im Rahmen des Programms **Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung**, in das das BMBF in den kommenden fünf Jahren bis zu 230 Mio. Euro investiert, entwickeln Vereine,*

Stiftungen und bürgerschaftliche Einrichtungen außerschulische Bildungsangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Wir sind auf einem guten Weg zur Bildungsrepublik. Die Bundesregierung arbeitet konsequent daran, Deutschland auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren zusätzlich mehr als 13 Mrd. Euro in Bildung und Forschung investiert. Nach der nationalen Abgrenzung der Bildungsausgaben (sie umfasst zusätzlich zu den OECD-Kriterien - sie fordern Bildungsausgaben in Höhe von 1 Prozent des BIP!- auch

Ausgaben für Weiterbildung, Ausgaben für weitere Bildungsangebote wie die Kinderbetreuung in öffentlicher und privater Trägerschaft, Einrichtungen der Jugendarbeit oder Volkshochschulen) belief sich der Anteil der Bildungsausgaben am BIP im Jahr 2010 auf 7,0 Prozent (so die Angabe des Statistisches Bundesamtes). Auch in der nächsten Legislaturperiode wollen wir die Bildungsausgaben auf diesem hohen Niveau fortschreiben.



Bestmögliche Bildung, das ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben. Es ist peinlich, dass in unserem Land die soziale Herkunft so viel Einfluss auf Bildungschancen hat.



Wir haben die höchsten Steuereinnahmen. Eine weitere leistungsfeindliche Besteuerung ist vollkommen unnötig und schädlich. Im letzten Jahr der rot/ grünen Regierung 2004 , lagen die Ausgaben für Bildung und Forschung fast 40 % unter dem Niveau von 2012. Bildung ist unser wichtigster Rohstoff. Deshalb werden wir auch weiterhin in Bildung investieren. Übrigens auch qualitativ, z. B. durch den Erhalt und die gleichberechtigte Förderung der Gymnasien. Und besonders auch für die Schwächeren in unserer Gesellschaft, z.B. durch den Erhalt der Förderschulen.

Zum Beispiel auch durch das Programm "Offensive frühe Chance" bei dem die Förderung des Erlernens der deutschen Sprache in rd.4000 Schwerpunkt- Kitas erfolgt.



Deutschland lebt von der Substanz: die öffentliche Infrastruktur verfällt, der Schuldenberg wächst, in die Zukunft unseres Landes wird zu wenig investiert. Gleichzeitig geht die soziale Schere immer weiter auseinander: die Reichen werden reicher und die Armen immer ärmer. Zum Ausgleich muss die Einkommensteuer reformiert werden und eine einmalige Vermögensabgabe von den Reichsten erhoben werden. 90% der Einkommensteuerzahlenden werden von den GRÜNEN Steuerplänen profitieren, nur die obersten Top-Verdiener werden moderat mehr zahlen. Alle, die unter 70.000 Euro im Jahr

verdienen, werden Steuern sparen. Den Grundfreibetrag der Einkommensteuer, also das Einkommen, welches für alle steuerfrei bleibt, wollen wir GRÜNE von aktuell 8.130 Euro auf 8.712 Euro erhöhen. Damit entlasten wir über 90 % der Einkommensteuerzahlenden. Den Spitzensteuersatz wollen wir GRÜNE von aktuell 42% auf 49% anheben und ab einem zu versteuernden Einkommen von 80.000 Euro greifen lassen. Dies entspricht einem Bruttoeinkommen von ca. 90.000 Euro und mehr. Die Abgeltungsteuer, eingeführt durch CDU/CSU und SPD, wollen wir abschaffen. Kapitalerträge werden so nur noch mit 25% pauschal statt mit dem vollen Einkommensteuersatz besteuert. Das ist ungerecht, denn es bevorzugt Menschen mit hohen Zinseinkommen. Wir GRÜNE wollen Kapitalerträge genauso wie Arbeitseinkommen besteuern.

Menschen mit einem Privatvermögen (nicht Betriebsvermögen!) von über 1 Million Euro sollen über 10 Jahre verteilt jährlich 1,5 Prozent Vermögensabgabe zahlen, um mit dem Staatsschuldenabbau beginnen zu können. Wir folgen damit nach der Finanzkrise dem guten Beispiel von Konrad Adenauer, der eine solche Abgabe nach dem Krieg erhoben hat.



Deutschland ist ein sehr reiches Land, aber dieser Reichtum ist sehr ungleich verteilt. Er muss Allen zugute kommen.



Ich bin für eine Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Investition in Bildung und Ausbildung ist eine wichtige Investition für die Zukunft.



Ja



Nein



unentschieden



keine Angabe

d) Befürchten Sie zunehmende Altersarmut, wenn es nicht zu einer solidarisch finanzierten Alterssicherung kommt? (solidarisch finanzierte Alterssicherung?)

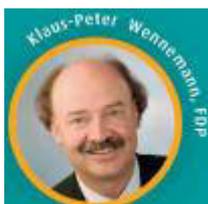


Noch nie waren die Aussichten auf ein langes, gesundes und erfülltes Leben in unserem Land so groß wie heute. Die Lebenserwartung steigt stetig an. Gleichzeitig aber werden weniger Kinder geboren und die Einwohnerzahl sinkt. Das hat zur Folge, dass immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Menschen sorgen müssen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Aus diesem Grund haben CDU und CSU das System der gesetzlichen Rentenversicherung durch verschiedene Maßnahmen langfristig gesichert und einen zu

starken Anstieg der Beiträge für die zukünftigen Beitragszahler verhindert. Dies ist ein Mittelweg zwischen der Belastung der Jungen durch die Beitragssätze und der Leistung der Rentenkasse für die Älteren. CDU und CSU stehen dafür ein, dass die gesetzliche Rente auch in Zukunft stabil und sicher ist. Wir wollen auch zukünftig eine Entwicklung der Renten, die Rentner verlässlich an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt, ohne der jüngeren Generation Chancen auf Entfaltung und Wohlstand zu nehmen. Eine zukunftsfeste Alterssicherung steht für uns auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung und der privaten wie der betrieblichen Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt dabei die tragende Säule. Wir haben sie gestärkt, indem wir die Rente mit 67 beschlossen haben. Bis 2029 werden wir sie schrittweise einführen. Der so genannte Riester-Faktor wurde dieses Jahr letztmalig bei der Rentenanpassung zum 1. Juli 2013 angewendet. Der Nachhaltigkeitsfaktor hat in den vergangenen Jahren sogar mehrfach rentensteigernd gewirkt, ist aber auf lange Sicht notwendig, um den Generationenvertrag zwischen Jung und Alt auf eine solide und verlässliche Grundlage zu stellen. Verschiedene Ideen des Modells entsprechen auch den Vorstellungen von CDU und CSU. So wollen wir dafür sorgen, dass sich Lebensleistung, private und betriebliche Vorsorge für die Menschen lohnen und durch Freibeträge im Alter erhalten bleiben. Weiterhin sollen auch die Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rente für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, schrittweise verbessert werden. Im Rahmen der Lebensleistungsrente soll die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen oder/und Angehörige gepflegt haben, in besonderem Maße in der gesetzlichen Rente honoriert werden (s. o. 2.). Unser ist Ziel ist, dass diejenigen, die jahrzehntelang in den Generationenvertrag eingezahlt und vorgesorgt haben, im Alter eine auskömmliche Rente haben und nicht auf die Grundsicherung mit der damit verbundenen Bedürftigkeitsprüfung angewiesen sind.



Ich halte das Umlagesystem der gesetzlichen Rentenversicherung für die zentrale Säule. Sie muss gestärkt und ausgebaut werden!



Wichtigste Instrumente gegen Altersarmut sind gute Ausbildung und gute Arbeitsplätze, sowie stabile Haushalte und geringe Inflation. Bei all diesen Punkten hat die jetzige Koalition hervorragende Arbeit geleistet. Die private Vorsorge, als Ergänzung zur gesetzlichen und betrieblichen Altersvorsorge muss ausgebaut werden, möglichst unter Einbeziehung von Beteiligungen der Arbeitnehmer am

Produktivvermögen.



+ *Die BürgerInnenversicherung ist eine grüne Idee, die inzwischen breite gesellschaftliche Unterstützung findet und auch von der SPD und der Linken aufgegriffen wurde. Die gesetzliche Rentenversicherung ist aus unserer Sicht die zentrale und weiter zu stärkende Säule der Alterssicherung. Mittelfristig soll die Rentenversicherung zur BürgerInnenversicherung weiterentwickelt werden, in die alle Bürgerinnen und Bürger, das heißt auch BeamtInnen, Selbständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. Das ist für uns sowohl eine Frage der Gerechtigkeit wie der ökonomischen Nachhaltigkeit. Gleichzeitig werden dadurch Versicherungslücken geschlossen und eigene Ansprüche aufgebaut, die präventiv vor Altersarmut schützen. Als erste Schritte wollen wir wieder Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose einführen, die Minijobs vollumfänglich und auch die bisher nicht pflichtversicherten Selbständigen in die Rentenversicherung einbeziehen. Gerade Selbständige sind heute für das Alter häufig sehr schlecht abgesichert. Das müssen wir ändern.*



+ *Die gesetzliche Rentenversicherung muss in Zukunft alle Erwerbstätigen erfassen. Auch Selbständige, Beamte und Politiker/-innen müssen künftig dort einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze muss aufgehoben und die hohen Rentenansprüche abgeflacht werden. Private Altersvorsorge und Betriebsrenten können die gesetzliche Rente ergänzen, aber nicht ersetzen. Unternehmen müssen wieder hälftig an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden. Die Rente mit 67 ist eine verdeckte Rentenkürzung, weil die meisten Beschäftigten nicht bis zum Rentenalter beschäftigt sind. Das Rentenalter muss deshalb wieder gesenkt werden. Außerdem ist eine Wiederaufnahme der öffentlichen Förderung der Altersteilzeit und ein Ende der Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten dringend nötig.*



+ *Meiner Meinung nach ist eine zunehmende Altersarmut schon jetzt sichtbar, und nur aufzuhalten wenn alle, auch Beamte, anteilig zu ihrem Einkommen auch einbezahlen. Für mich ist eine geplante Senkung des Rentenbeitrags nicht sinnvoll.*

+ Ja **-** Nein **?** unentschieden **?** keine Angabe

2. Kurzfragen zum Thema: Umwelt:

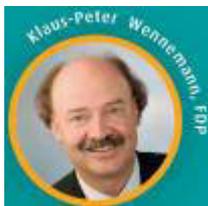
a) Sind Sie dafür, die Energiewende wieder zu beschleunigen und nicht länger auf Atom, Kohle und Fracking zu setzen? (Energiewende wieder beschleunigen?)



 In den letzten Jahren hat die CDU-Geführte Bundesregierung die Energiewende eingeleitet, um eine langfristig sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung zu erreichen. Unabhängig von Kernenergie oder fossilen Energieträger. Diesen Weg gilt es weiterzugehen und für stabile Rahmenbedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien zu sorgen. Im Hinblick auf Fracking müssen Gefahren für Menschen und Trinkwasser ausgeschlossen werden. Sicherheit hat absoluten Vorrang. Eine Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien lehne ich ab.



 Leider fehlt der Masterplan für die notwendige Energiewende. Hier muss dringend gehandelt werden.



 Es handelt sich hier um eine Suggestivfrage, die offensichtlich der einseitigen Klientelpolitik zugunsten der Solarindustrie dienen soll. Ich setze mich für eine völlige Überarbeitung des EEG ein mit der klaren Rangfolge: Technische Sicherheit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit. Um eine erfolgreiche Energiewende zu gestalten muss ohne Vorurteile und mit Expertenwissen gearbeitet werden. Hierbei muss man alle wesentlichen Interessengruppen berücksichtigen. Ich folge den Aussagen von Dr. Birkner, das Entscheidungen vor dem Hintergrund qualmender Reaktoren in Japan und vor einer wichtigen Landtagswahl selten zu optimalen Ergebnissen führen.



 Die Energiewende hat eine beeindruckende Eigendynamik entwickelt: 23% Anteil der Erneuerbaren beim Strom in 2012 – eine Steigerung von 32% gegenüber 2010. Das bedeutet nicht nur weniger Atom und Kohle, sondern auch einen Bedeutungsverlust der großen Stromkonzerne. Deshalb wollen Merkel, Rösler & Co sie ausbremsen. Die Energiewende bringt Wertschöpfung in die Region und Geld in die Hand von Bürgern, die Windräder, Solaranlagen und Wasserkraftwerke (mit-)betreiben. Damit stärkt sie die heimische Wirtschaft und ist ein beispielloser Demokratisierungsprozess, der die Macht im Energiesektor neu verteilt.



+ *Unbedingt. Das AKW Grohnde ist schon seit vielen Jahren ein ernstes Sicherheitsrisiko für uns alle in der Region. Im Störfall sind wir als erstes betroffen von den Folgen. Grohnde gehört schnellstmöglich abgeschaltet.*



+ *Ich wünsche mir einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie, einen Abbau der Kohlekraftwerke und ein Verbot von Fracking. Ich setze mich für eine dezentrale und regenerative Energieversorgung ein.*

+ Ja **-** Nein **~** unentschieden **?** keine Angabe

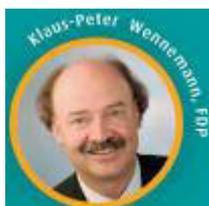
b) Sind Sie für eine verpflichtende, frühzeitigere und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten? (Mehr wirkliche Bürgerbeteiligung?)



~ *CDU/CSU haben bereits die frühzeitige Bürgerbeteiligung im Genehmigungsprozess verankert. Sie muss am Anfang großer Infrastrukturmaßnahmen stehen, vor dem Beginn des eigentlichen Genehmigungsverfahrens. Dadurch erfolgt die Beteiligung bereits, bevor Entscheidungen über ein Vorhaben gefallen sind. Schon die Frage, ob überhaupt Bedarf für ein Vorhaben besteht, wird nun mit den Bürgern öffentlich erörtert. Alternativlösungen müssen im Genehmigungsverfahren geprüft werden. Wichtig ist, dass Engagement und Sachverstand möglichst vieler genutzt werden. Hier liegt die Chance, Bedenken und mögliche Klagen schon im Vorfeld zu begegnen.*



+ *Zurzeit sind Planungsprozesse zu langwierig und intransparent!*



~ *Die letzte Entscheidung muss bei den gewählten Volksvertretern bleiben. Die Bürgerbeteiligung muss, mit Blick auf die Investitionssicherheit, innerhalb eines vertretbaren Zeitraums erfolgen.*



+ Öffentliche Planung kann nur gut werden, wenn Bürger von Anfang an beteiligt sind. Bürger als Abnicker im Planfeststellungsverfahren zum Schluss einer Planung verkennt ihr Potenzial, Projekte durch sachkundige Beratung besser zu machen. Die Hamelner Fußgängerzone hat gezeigt was passiert, wenn Rat und Verwaltung diese Kompetenz nicht sehen und sich über die Interessen ihrer Bürger hinweg setzen. Die Deutsche Bahn hat nun die einmalige Chance gemeinsam mit den Bürgerinitiativen Transit und dem Mobilitätsforum Weserbergland ein zukunftsfähiges Konzept für den Ausbau der Löhner Bahn zu erarbeiten. Diesen Prozess unterstützen wir gern.



+ Das Beispiel Stuttgart21 zeigt, dass der Verzicht auf frühzeitige Bürgerbeteiligung immer wieder zu teuren und unsinnigen Fehlplanungen führt. Das darf nicht sein.



+ Nicht nur bei Bauprojekten, auch bei vielen anderen Themen ist dies meiner Meinung nach dringend notwendig. Sehr oft werden die Bürger gar nicht, oder erst sehr spät nach Ihrer Meinung gefragt, dies gilt es zu ändern

+ Ja **-** Nein **~** unentschieden **?** keine Angabe

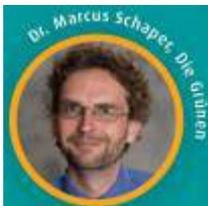
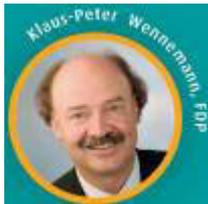
c) Sind Sie dafür, industrielle Massentierhaltung zu stoppen und Fleischexporte nicht länger zu fördern? (Gegen Massentierhaltung?)



~ CDU/CSU stehen für mehr Tierschutz in der Tierhaltung. Damit Gemeinden besser steuern können, hat die Bundesregierung das Baugesetz novelliert. Gemeinden müssen große gewerbliche Ställe nicht mehr genehmigen. Dagegen fördern wir den Bau besonders tiergerechter Ställe. Auch das Tierschutzgesetz wurde novelliert und verbietet z.B. die Kastration von Ferkeln ohne Betäubung ab 2018. Wir erhöhen die Mittel für tierartgerechte Weiterentwicklung der Haltungsverfahren. Auch planen CDU/CSU eine "Transparenzoffensive Tierhaltung", wozu eine verlässliche Tierschutzkennzeichnung gehört. Exporterstattungen wollen wir in der Gemeinsamen Agrarpolitik wie in der internationalen Handelspolitik abschaffen.



Industrielle Massentierhaltung ist der falsche Weg. Ich empfehle jeder / jedem den individuellen Fleischkonsum kritisch zu prüfen.



Die schwarz-gelbe Strategie, Niedersachsen zu einem Giga-Maststall zu machen, hat sich selbst diskreditiert: Der Nordwesten ersäuft in Gülle. So produzieren wir zu viel und zu schlechtes Fleisch und quälen dabei auch noch unsere Masttiere. Wir müssen die bäuerliche Landwirtschaft stärken, die Qualität statt Quantität produziert und Tiere artgerecht behandelt. Wir GRÜNE wollen die Errichtung neuer Riesenställe stoppen. Die Subventionierung der Tierquälerei in der Massentierhaltung gehört abgeschafft, genau wie die Privilegien für Ställe im Baurecht.



Die industrielle Massentierhaltung in Niedersachsen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Das heißt zunehmende Umweltbelastungen und Arbeitsplatzvernichtung bei kleineren, zumeist bäuerlichen Betrieben, aber auch in der Fleischindustrie anderer europäischer Länder. Der Fleischexport aus Deutschland nimmt zu, weil die Löhne in den Schlachthöfen stark gefallen sind. Dieses Lohndumping treibt die europäische Konkurrenz in den Ruin und diese Industrie konzentriert sich immer stärker in Deutschland. Das muss ein Ende haben!



Ich werde mich dafür einsetzen die industrielle Massentierhaltung zu stoppen, höhere Standards in der Nutztierhaltung einzuführen und Amputationen von Körperteilen, wie etwa Schnäbel kürzen zu verbieten.



Ja Nein unentschieden keine Angabe

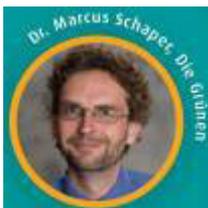
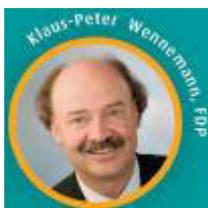
d) Unterstützen Sie die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen auch gegen Bedenken der unmittelbaren Anwohner?



? Die Ausweisung von Vorranggebieten ist wichtig, da ansonsten die Möglichkeit besteht, dass der Bau von Windkraftanlage allein aufgrund des Baurechts reglementiert wird und hierdurch ein viel größere Belastung der Landschaft und der Bürgerinnen und Bürger erfolgt. Es ist jedoch von großer Bedeutung, dass mit den unmittelbaren Anwohnern eine gute und enge Kommunikation und hierdurch eine frühzeitige Beteiligung erfolgt, um Bedenken aufzunehmen bzw abzubauen. Ideal wäre, dass hierdurch Vorbehalte abgebaut und Sorgen genommen werden. Letztendlich ist jedoch eine Entscheidung zu treffen, die das Interesse der gesamten Kommune im Blick hat.



? Mit Vorranggebieten für Windkraftanlagen ist es wie mit allen Planungsprozessen. Transparent und verbindlich, nachvollziehbar und am Ende rechtsfest. Das sind m. E. die entscheidenden Kriterien.



+ Das Baurecht sieht aktuell schon sehr große Abstände zu Häusern vor. Bei der Suche nach neuen Standorten im Flecken Aerzen zum Beispiel blieben deshalb nur sehr wenige Flächen im Gemeindegebiet, auf denen überhaupt neue Vorranggebiete ausgewiesen werden können. Diese stellen den besten Kompromiss aller möglichen Standorte vor – da sollten die Partikularinteressen einiger weniger eindeutig vor dem Gemeinwohl zurückstehen. Anders ist das natürlich, wenn zwischen vielen möglichen Flächen abgewogen werden kann. Auch hier gilt: gute Planung bezieht Bürger frühzeitig mit ein.



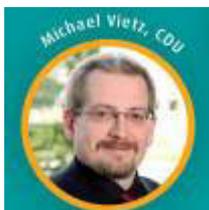
- Großprojekte dürfen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden werden. Die LINKE befürwortet eine Entscheidung im Dialog mit den Anwohnern. In der Regel lassen sich auf diesem Wege bessere Alternativen finden.



- *Es steht zu befürchten das wenn wir keine Vorranggebiete ausweisen uns Gebiete vorgeschrieben werden, daher sollte der Bürger frühzeitig an der Planung beteiligt werden und in Gesprächen ein Konsens gefunden werden.*

+ Ja **-** Nein **~** unentschieden **?** keine Angabe

e) Unterstützen Sie die ersten Planüberlegungen für eine Westtangente/-umfahrung Hameln (vierte Weserbrücke?)

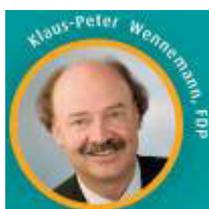


? *Bislang wurde die Westtangente Hameln nur im Rahmen eines allgemeinen Gutachtens zur Verkehrssituation in Hameln als eine eventuelle Möglichkeit erwähnt, gegen die im Übrigen auch im Hinblick auf mögliche Belastungen der Bürgerinnen und Bürger Bedenken bestehen. So dass selbst in einem frühen Überlegungsprozess die Lasten gegenüber den möglichen Gewinnen deutlich überwiegen. Überlegungen dürfen und müssen gemacht werden, möglichst auch ergebnisoffen. Über das Ergebnis dieser Überlegungen, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen, können wir dann sachkundig und ausgiebig diskutieren.*

Erforderlich ist erstmal die Realisierung der Hamelner Südumgehung. Ich sehe keine Basis für in eine Westtangente. Aber ich halte auch wenig von Denkverboten.



~ *Die Liste der Verkehrsprojekte für den Bundesverkehrswegeplan ist lang. Ich halte die Südumgehung Hameln und Umfahrung Coppenbrügge / Marienau für extrem wichtig.*



+ *Alle Infrastrukturprojekte, die einer besseren Anbindung dienen und die den Verkehr umweltschonender machen, sollen generell in Überlegungen einbezogen werden.*



- *Die Westtangente halte ich für völlig überflüssig. Wie die Zahlen der Stadt Hameln belegen stagniert der Verkehr in Hameln seit längerem und ist in einigen Bereichen sogar rückläufig. Bei nur 8% Durchgangsverkehr ist die Westtangente noch überflüssiger als die Südumgehung. Hameln braucht dringend eine bessere Bahn-Anbindung. Dazu muss Hameln wieder zu einem echten Knotenpunkt werden, also Ausbau der Löhner Bahn mit bestmöglichem*

Schallschutz. Wenn es schon eine zusätzliche Weserbrücke sein soll, dann bitte eine Bahn-Brücke, die es erlaubt die Lager Bahn (über Groß Berkel und Aerzen) ohne Klüttunnel als schnelle Straßenbahn zu reaktivieren.



Der Autoverkehr sollte im Stadtgebiet Hameln reduziert werden. Eine Umgehung ist daher prinzipiell sinnvoll. Es gibt aber bessere Alternativen zur gegenwärtigen Planung.



Ich glaube das wir genug Straßen in Hameln haben, um diese zu entlasten sollten wir uns Gedanken machen den ÖPNV zu stärken, die Busse fahren, wenn sie denn fahren oft mit geringer Auslastung. Eine der Ideen ist da der umlagefinanzierte, fahrscheinlose ÖPNV, wie er in anderen Ländern schon erfolgreich eingeführt wurde.

 Ja  Nein  unentschieden  keine Angabe

3. Kurzfragen zum Thema Soziales:

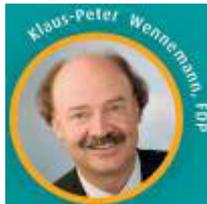
- a) **Sind Sie dafür, dass der Staat eine gesetzliche Grundlage schafft, dass alle Verkaufsräume und öffentliche Einrichtungen barrierefrei gestaltet werden müssen. (Gesetzesinitiative Barrierefreiheit?)**



CDU und CSU setzen sich für eine umfassende Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen ein. Barrierefreiheit ist Teil der Rechte behinderte Menschen und wesentlicher Inhalt des Artikels 9 der UN-Behindertenrechtskonvention. Dabei bezieht sich Barrierefreiheit nicht nur auf bauliche Vorhaben und Verkehr, sondern auch auf Barrierefreiheit in der Kommunikation, im Sport, in der Freizeit und Kultur. Auf der Ebene der Länder gibt es bereits jetzt vereinzelte Regelungen für die Barrierefreiheit öffentlicher Einrichtungen in Form von DIN-Normen. Eine bundesgesetzliche Grundlage ist meines Wissens nicht angedacht. Ich stände einer solchen auf der Basis einer Rahmengesetzgebung allerdings diskussionsoffen gegenüber. Ebenso ist ein Zwang zur Barrierefreiheit in privaten Räumen nicht angedacht. Allerdings sehe ich hier die Privatwirtschaft schon in der Pflicht, mit Blick auf ihre Kundschaft und Beschäftigten eine entsprechende Barrierefreiheit zu schaffen. Das wird in Zukunft nicht nur wegen Menschen mit Behinderung, sondern auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine große Herausforderung.



? Für öffentliche Einrichtungen ist das richtig. Um Verkaufsräume sollten sich die Eigentümer kümmern. Aber öffentliche Förderung sollte davon abhängig gemacht werden.



? Grundsätzlich ja für den öffentlichen Raum. Verkaufsräume privater Art nein, da dieses ein Eingriff in Eigentumsrechte darstellt.



? Barrierefreiheit ist mehr als Rollstuhlrampen und breite Türen. Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Dabei verstehen wir Barrierefreiheit umfassend als Zugangs- und Nutzungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte, sehbehinderte oder blinde, hörbehinderte oder gehörlose Menschen und solche mit Lernschwierigkeiten. Visuelle und akustische Nutzbarkeit oder die Verwendung leichter Sprache gehören für uns ebenso dazu wie Stufenlosigkeit und taktile Leitsysteme. Kulturelle, sportliche und künstlerische Darbietungen sind ebenso barrierefrei zu gestalten wie Bildungsangebote auf allen Ebenen. Bisher wird das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen eingeschränkt, weil diese Möglichkeiten nicht erfüllt werden. Das erfordert ein gesellschaftliches Umdenken. Ein Gesetz schafft das allein nicht. Baurecht ist überwiegend Ländersache. Daher wollen wir mit den Ländern eine gemeinsame Strategie zur umfassenden Barrierefreiheit vereinbaren.



+ Darüber gibt's nichts zu diskutieren. Barrierefreiheit heißt auch: Straßen und Wege müssen in einem Zustand sein, dass sie auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität benutzbar sind. Das erfordert öffentliche Investitionen statt permanenter Kürzungen.



+ Ja unbedingt, erst kürzlich fiel mir bei einer Ausstellung die in den Räumen der Hamelner Polizei stattfand, auf das diese von Rollstuhlfahrern und Gehbehinderten nicht besucht werden konnte. Auf Nachfrage sagte man mir auch das Behinderte in einer Garage ihre Anliegen vortragen müssen, da es keine andere Möglichkeit gibt. Dies ist für mich ein unhaltbarer Zustand und eine gesetzliche Grundlage ist dringend notwendig.



+ Ja **-** Nein **~** unentschieden **?** keine Angabe

- b) Sind Sie dafür, eine Reform des Wohngeldgesetzes vorzunehmen, damit als neue Energiekostenkomponente neben Heizkosten auch Stromkosten in Hartz-IV-Haushalten berücksichtigt werden. (Wohngeld mit Stromkosten) ?)

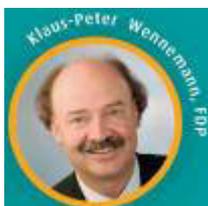


Eines unserer zentralen Anliegen ist bezahlbarer Wohnraum für alle. Der Bund und die öffentlichen Hände kommen hier ihrer sozialen Verantwortung in beträchtlichem Umfang nach. Jahr für Jahr werden rund 17 Mrd. EUR für die Wohnkosten einkommensschwacher Haushalte aufgewendet. Das Wohngeld und die Erstattung der Kosten der Unterkunft im Rahmen der sozialen Grundsicherung sichern die Mietzahlungsfähigkeit von Haushalten mit geringem Einkommen. Für diese Haushalte sollen verstärkt Belegungsrechte erworben werden. Um Menschen mit geringem Einkommen direkt zu helfen und gutes Wohnen zu ermöglichen, wollen wir die Leistungen des Wohngeldes weiter verbessern. Wir wollen die Leistungshöhe und die Miethöchstbeträge an die Entwicklung der Bestandsmieten anpassen und setzen uns für eine Regelung ein, die für die Zukunft eine Anpassung der Wohngeldleistung an die Entwicklung der Wohnkosten sicherstellt.

Mit dem Mietrechtsänderungsgesetz haben wir den Mieterschutz bei der Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen gestärkt und einen Beitrag zur Dämpfung des Mietpreisanstiegs in Ballungsräumen geleistet. Den Ländern soll zudem nach dem schon bestehenden Mechanismus die Möglichkeit gegeben werden, lokal differenziert in besonders angespannten Wohnlagen wie in Universitätsstädten, eine Mietpreisbremse auch bei Wiedervermietungen einzuräumen.



Ich finde z.B. eine Senkung der Stromsteuer für die ersten verbrauchten 500 – 1000 KW Stunden.



Wir wollen den Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro erhöhen und jährlich überprüfen, ob er noch angemessen ist. Diese Neuberechnung wollen wir im Dialog mit den Sozialverbänden umsetzen. Die Berechnung muss verfassungskonform gestaltet werden. Wir wollen die wichtigsten Ausgabenpositionen

einzu beziehen, die für Teilhabe und Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen wichtig sind und auch durchschnittliche Energiekosten abdecken. Zudem muss der Regelbedarf 2014 auf Basis der neuen statistischen Daten an Inflation und Lohnentwicklung angepasst werden.



+ *Unbedingt. Dazu kommt: Menschen mit gutem Einkommen können sich eher neuere, energiesparende Haushaltsgeräte leisten. Deswegen zahlen Menschen mit niedrigem Einkommen haben und Hartz IV-Empfänger oft doppelt für den Strom.*



+ *Da auch Stromkosten zum normalen Lebensstandard gehören sollten auch diese, zumindest im allgemein üblichen Rahmen berücksichtigt werden. Leider kommt es zurzeit viel zu oft vor das Menschen, die ihn nicht bezahlen können einfach der Strom abgestellt wird, dies ist menschenunwürdig.*



+ Ja **-** Nein **~** unentschieden **?** keine Angabe

c) Sind Sie dafür, dass sich Pflegesätze, Entgelte und Preise an der geforderten Qualität im Pflegebereich orientieren. (Erhöhung Pflegesätze/-entgelte?)



+ *Die von CDU und CSU als eigenständige Säule der gesetzlichen Sozialversicherung eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt. Zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung und zur Entbürokratisierung haben CDU/CSU im Pflegeordnungsgesetz bereits folgende Maßnahmen ergriffen:*

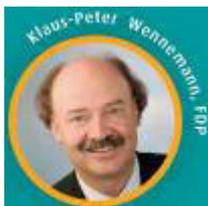
- *Die Einkommensprüfung im Zusammenhang mit der Beantragung auf Gewährung wohnumfeldverbessernder Maßnahmen wurde abgeschafft.*
- *Die Rahmenfrist für die Anerkennung als verantwortliche Fachkraft wurde einheitlich auf acht Jahre verlängert. Diese Maßnahme dient der Erleichterung des Wiedereinstiegs, zum Beispiel nach familienbedingter Unterbrechung, in den Beruf.*
- *Die Verpflichtung zugelassener Pflegeeinrichtungen zur Zahlung der ortsüblichen Vergütung wurde auf die Fälle begrenzt, in denen keine Mindestlohnregelung gilt.*
- *Das Qualitätssicherungsrecht wurde dahingehend modifiziert, dass Ausnahmen vom Grundsatz der unangemeldeten Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung für den ambulanten Bereich eingeführt wurden.*
- *Es wurde die Möglichkeit für einen Modellversuch zur besseren*

Verzahnung der Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung und der Heimaufsicht eröffnet. Wir wollen, dass die Interessen der Betroffenen in Fragen der Begutachtung, Qualitätsentwicklung und der Transparenz von Qualitätsergebnissen stärker berücksichtigt werden. Deshalb haben wir im Pflege-neu-ausrichtungsgesetz Maßnahmen ergriffen, mit denen wir die Beteiligung der Betroffenen ausbauen und die Arbeit des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung transparenter gestalten können. Neben dem Medizinischen Dienst können die Pflegekassen auch andere Gutachter mit der Prüfung der Pflegebedürftigkeit beauftragen. Die Versicherten haben einen Anspruch darauf, das Gutachten zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit zu erhalten.

Um eine größtmögliche Qualität in der Pflege zu erreichen, müssen die Pflegeberufe weiterentwickelt und attraktiver werden. Dazu gehört zunächst eine tarifgerechte Bezahlung, die auch bei der Aushandlung der Pflegesätze zu Grunde gelegt werden muss. Gute Pflegefachkräfte können nur durch eine gute Entlohnung und attraktive Arbeitsbedingungen gewonnen werden. Darüber hinaus bedarf es einer Reform der Ausbildung in der Pflege.



Wir wollen alle gute Pflege und sie hat einen Preis.



Die Frage ist zu unbestimmt. Was sind die Qualitätsmaßstäbe und wer bestimmt dafür den gerechten Preis. Wie soll die Finanzierung aussehen. Wo sind die Anreize für die Betreiber die wirtschaftliche Effizienz zu verbessern ohne die Betreuungsqualität abzusenken?



Wir sehen das zunehmende Eindringen privater Anbieter in die lukrativen Bereiche des Gesundheits- und Sozialwesens mit Sorge. Der Wettbewerb in diesem Bereich kann nur zu Lasten des Personals „erfolgreich“ sein. Das hat bei manchen Trägern zur Folge, dass keine tarifgebundenen Löhne mehr gezahlt werden können, diese aus den Tarifverbänden aussteigen und schlecht qualifiziertes Personal anstellen. Hier sind vor allem die Pflegekassen gefragt, die Pflegesätze zu erhöhen. Insofern ist eine Angleichung der Pflegesätze in Niedersachsen an das bundesdeutsche Durchschnittsniveau sowie eine Neuregelung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf der Bundesebene überfällig. Wir wollen das Kompetenzprofil der Pflege durch Übernahme von neuen Aufgabenfeldern z.B. im Bereich von Beratung,

Case- Management, psychosozialer Begleitung sowie verantwortlicher Übernahme bestimmter heilkundlicher Tätigkeiten, wie die Verordnungskompetenz von Heil- und Verbandsmitteln die pflegerischen Kompetenzen betreffen, ausbauen. Dies muss bei der Personalbemessung sowie der Vergütung berücksichtigt werden. Dafür benötigen wir eine Personalbemessung. Bis zur Entwicklung eines Personalbemessungsinstruments wollen wir den aus dem Jahr 1999 stammenden Personalschlüssel an die jetzigen Erfordernisse anpassen. Die Höhe der Pflegesätze und Gebühren wollen wir genauso wie den Personalschlüssel der Einrichtungen und Dienste an die neuen Erfordernisse anpassen. Tariflöhne sollen von allen Einrichtungsträgern anerkannt und von den Kostenträgern vollständig refinanziert werden.



Pflege ist ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und sollte nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtet sein. Die gegenwärtige Finanzierung der Pflegeversicherung ist absolut unzureichend. Sie muss geändert werden um die Pflegequalität zu sichern und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Alle Menschen - auch heute privat Versicherte – müssen künftig entsprechend ihrem Einkommen aus Arbeitsentgelten, Honoraren und Kapitalerträgen in eine solidarische Bürgerversicherung einzahlen. Arbeitgeber übernehmen die Hälfte der Pflegeversicherungsbeiträge ihrer Beschäftigten. So können die notwendigen Leistungsausweitungen solidarisch finanziert werden.



Zum Einen werden Pflegekräfte nicht gut für Ihre teilweise schwere körperliche Tätigkeit bezahlt und hier müsste sich dringend etwas ändern. Zum Anderen lassen die momentanen Pflegesätze kaum mehr als sauber und satt zu, ein eingehen auf die Patienten oder persönlicher Zuspruch ist aufgrund der knappen Zeit nicht möglich.



Ja



Nein



unentschieden



keine Angabe

Der Kandidat der AfD, Herrn Dr. Otto, wurde über Frau Martina Tigges-Friedrichs angeschrieben und ihm wurde die Beantwortung der Fragen angeboten. Bis zum 18.08.2013 haben wir keine Antwort bekommen.

Weitere Informationen unter

www.bund-hameln.net

HAMELN-PYRMONT WÄHLT WER SOLL IN DEN BUNDESTAG?



DIENSTAG
17. 9. 2013
19.30 UHR

In der Sumpflume
Am Stockhof 2a
31785 Hameln

Moderation: radio aktiv

Einladung zum
POSITIONEN-
SPEED-DATING
(Kandidatenbefragung)

Unter der Regie von Norbert Raabe, Volker Eggers, Ralf Hermes und Karsten Hoxea, stellen sich die Direktkandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien verschiedenen Fragen zu den Themenfeldern **Arbeit, Umwelt und Soziales.**

Weitere Informationen unter www.bund-hameln.net.

Die Veranstaltung ist überparteilich organisiert.

Jutta Krellmann, Die Linke



Gabriele Lösekrug-Möller, SPD



Dr. Marcus Schäper, Die Grünen



Michael Vietz, CDU



Klaus-Peter Wennemann, FDP



nwd.hameln, www.enwede.de